

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 15709.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insertionen kosten für die Beitzteile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Telegramme der Danziger Ztg.

London, 22. Febr. (W. T.) An dem gestrigen sozialistischen Meeting im Hydepark haben sich etwa 20000 Personen beteiligt. Die Führer, auf Wagen mit rothen Fahnen, hielten Ansprachen; es werde, äußerten sie sich, zum Blutvergießen kommen, wenn die Regierung die sociale Lage der Arbeitersklasse nicht verbessere. Resolutionen wurden angenommen, welche die Nichtbeschäftigung von Arbeitslosen tabu und eine abständige Arbeitszeit fordern. Als Burns die Menge nochmals anredete, schritt die berittene Polizei ein und beschlagnahmte Burns' Wagen, worauf die Menge sich zerstreute.

London, 22. Febr. (W. T.) Bei der Rückkehr von dem gestrigen Socialistenmeeting im Hydepark begann die Menge Fenster einzurwerfen und versuchte in die Parlamentsstreet, wo die Ministerien gelegen sind, einzudringen, was jedoch die Polizei verhinderte. Hinter den Westminsterbrücken, wo die tumultuante erhebliche Verstärkungen erhielten, fanden weitere Ruhesicherungen statt. Viele Fenster wurden zertrümmert und andere Ausschreitungen verübt, bis die Polizei endlich die Straßen säuberte. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

### Politische Übersicht.

Danzig, 22. Februar.

### Die Orientkrise.

Griechenland scheint endlich mürrisch zu werden. Die Action der Mächte ließ auch in den letzten Tagen an Ernst nichts zu wünschen übrig. Nachdem das russische Geschwader in der Sudak bei Kreta eingetroffen ist, steht einer Inangriffnahme der Flottendemonstration nichts mehr im Wege. Die Instruction des Oberbefehlshabers des combinirten Geschwaders, des englischen Admirals soll im Wesentlichen dahin gehen, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um unter scharfer Überwachung der griechischen Flotte jede Collision zwischen türkischen und griechischen Kriegsschiffen zu verhindern. Die Befehlshaber der Schiffe derselben Mächte, welche im Einvernehmen mit England handeln, sind angewiesen worden, in entsprechender Weise vorzugehen. Eine neue Collectivnote der Mächte an Griechenland soll nur in dem Falle ergeben, wenn aus den Berichten des englischen Admirals hervorgeht, daß eine Action zur See dringend geboten und zu befürchten sei, daß ein Zusammentost zwischen den Schiffen Griechenlands und der übrigen Mächte erfolgen könnte. In diesem Falle würden die Mächte der griechischen Regierung gegenüber sich von jeder Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen loslassen.

Inzwischen dauern die Vorstellungen der Mächte fort, um Griechenland zu einem Eingehen auf die gestellten Forderungen zu bewegen, und die Kriegslust der Griechen scheint zu verstiegen, seitdem man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß von Gladstone nicht mehr Hilfe als von Salisbury zu erwarten ist. Die drohende Haltung, welche Griechenland eingenommen hatte, erscheint mehr und mehr als Einschüchterungsversuch, der nun, nachdem damit nichts erreicht worden, kein günstiges Licht auf die jetzigen Leiter der griechischen Politik wirkt. Einer Londoner Correspondenz zufolge ist Gladstone seit entflohen, Griechenlands Wünsche auf diplomatischem Wege in Anregung zu bringen, sobald durch Griechenlands Unterwerfung der europäische Friede gesichert ist. Natürlich hat er wie Rosebery unmittelbaren Anfragen gegenüber betreffs Griechen jede künftige Verbindlichkeit bestimmt abgelehnt, aber immer in dem Sinne, daß diese Frage überhaupt nicht erörterungsfähig sei, so lange Griechenland sich den Mächten widersetze.

Dagegen sind neue Schwierigkeiten in den bulgarisch-serbischen Verhandlungen aufgetaucht. Serbien weigerte sich, das Anerbieten Madjid Paschas und Geschoss, wonach es seine schriftlichen Vorschläge gleichzeitig mit den bulgarischen Vorschlägen vorlegen soll, anzunehmen. Geschoss seinerseits hatte formelle Instructionen erhalten, sich zur Vorlegung schriftlicher Vorschläge nur dann bereit zu erklären, wenn Mijatowic gleichzeitig die feindigen vorlegt. Die dadurch entstandene Stockung ist jedoch bereits behoben, da Mijatowic auf seine nach Belgrad gerichtete telegraphische Anfrage hin den Bescheid erhielt, sich Geschoss' Forderung nicht zu widersehen. Der Austausch der schriftlichen Vorschläge soll nun heute in Bukarest stattfinden. Diese Beilegung der entstandenen Schwierigkeit wird dem gemeinsamen Schrift, welchen die Bulgarier Vertreter der Mächte in dieser Angelegenheit bei Mijatowic gehabt haben, zugeschrieben. Gleichzeitig machten gestern die Vertreter der Mächte in Belgrad auf Initiative Englands hin den Vorschlag, Serbien solle davon absehen, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Bulgarien in den Friedensvertrag aufgenommen werde, wogegen die Mächte auf die Aufnahme eines Passus hinwirken würden, welcher beide Theile verpflichte, sofort nach dem Friedensschluß zu dem Abschluß eines Handelsvertrages zu schreiben.

Eine über Wien kommende auffällige Meldung aus Ostrumeliens besagt, daß angeblich unter Patronanz des russischen Consuls ein Revolutions-Comité gebildet wurde befuß einer am Schluss des Februar beginnenden Erhebung gegen den Fürsten und den türkischen Vertrag. Die russischen Agenten versprachen für die Absetzung des Battenbergers die Real-Union. Die Milizen seien theilweise für die Erhebung gewonnen. Die bulgarische Regierung, welche das Complotte keine, rechte auf die künftige Wirkung des persönlichen Erscheinens des Fürsten in Ostrumeliens. — Wenn dem so ist, so hat sie sich tatsächlich nicht verrechnet. Denn der "Pol. Corr." wird aus Philippopol gemeldet, daß aus allen Theilen des Landes Deputationen daselbst eintreffen, um den Fürsten zu beglückwünschen. Bei einem Besuch der Haupstädte wurde der Fürst von den dafelbst anwesenden Türken enthusiastisch begrüßt. Es dürfte also nicht leicht werden, Stimmung gegen den Fürsten zu machen.

### Die parlamentarische Lage.

Eine solche Menge von Gesetzesvorlagen, wie sie diesmal Reichs- und Landtag beschäftigen, haben wir neben einander kaum jemals gehabt. Die Masse des Materials erdrückt fast die Abgeordneten und das Volk. Eine gründliche Durchberatung der verschiedenen Stoffe wird dadurch natürlich erheblich erschwert.

Heute stehen die Polen vorlagen auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. Man scheint den Debatten über diese Polen vorlagen in weiteren Kreisen einen interessanten Verlauf zu prognostizieren. Schon gestern las man, wie uns geschrieben wird, am Billetschalter des Abgeordnetenhauses die Aufschrift: "Billets vergriffen". Mit anderen Worten: Die Theilnahme des Reichskanzlers an den Verhandlungen wird erwartet. Ob die Erwartung erfüllt wird, ist eine andere Frage. Die Vorlagen, namentlich diejenige über die Colonisation und die Schulvorlage bedürfen allerdings einer sehr viel eingehenderen Begründung als bis jetzt vorliegt, aber die statistischen Angaben, die dazu erforderlich sind, wird der Reichskanzler selbst schwerlich bringen. Die Bedenken gegen die Vorlagen, oder vielmehr gegen die Mittel, mit denen die Regierung das Ziel, den Einfluß des polnischen Elements in den Provinzen zurückzudrängen, erreichen will, bestehen so ziemlich auf allen Seiten des Hauses, wie aus den Erörterungen in der Presse hervorgeht. Innerhalb der conservativen wie der nationalliberalen Partei haben in letzter Zeit Besprechungen über die den Hauptfragen gegenüber einzunehmende Stellung stattgefunden. An Gründen für den Antrag, die Vorlagen an eine Commission zu überweisen, wird es nicht fehlen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Berathungen hat der Reichstag für heute auf eine Plenarsitzung verzichtet. Bis zum Eingange der Vorlage über das Branntweinmonopol kann der Reichstag nur die Berichte seiner Justizcommission über die Anträge auf Einführung der Berufung auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter und den Bericht über das Liebschutzengesetz berathen. Die erste Berathung des Branntweinmonopols wird voraussichtlich Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche beginnen.

### Neben die Kirchenvorlage

äußert sich der päpstlich-offiziöse "Moniteur de Rome" in der Hauptsache zwar in ganz ähnlicher Weise wie auch die "Germania"; aber der wohlwollende Ton, in welchem das päpstliche Blatt diese Vorschläge bespricht, läßt deutlich erinnern, daß die Einbringung des Gesetzentwurfs im Herrenhause im Vatican nicht als Schmach gegen die Curie aufgefaßt wird. Unter diesen Umständen liegt die Annahme nahe, daß man in Rom wenigstens von der Voraussetzung ausgeht, bei der weiteren parlamentarischen Verhandlung über die Vorlage werden sich eine Verbesserung derselben im Sinne der Curie erreichen lassen. Eine trockne Haltung des Centrums gegenüber der Regierung würde diese Abstößung natürlich vereiteln.

Es ist demnach sehr wohl denkbar, daß man im Vatican den Wunsch hat, das Centrum möge sich durch freundliches Entgegenkommen gegenüber den Absichten der Regierung auf dem allgemein politischen Gebiet den Weg eröffnen, auf dem die weiteren Ziele der Curie wie des Centrums selbst auf dem kirchenpolitischen Gebiet erreicht werden können. Vielleicht steht es damit im Zusammenhang, daß wenigstens ein Theil der Centrumpresse, allen voran der "Westfälische Merkur", der in der Regel als Organ des Fr. v. Schorlemers-Außt. betrachtet wird, sogar eine Verlängerung des Socialistengesetzes auf fünf Jahre nicht für unmöglich hält. Die Regierung ihrerseits wird selbstverständlich auf die Verlängerung des Socialistengesetzes weniger Wert legen, als auf die Bewilligung des Branntweinmonopols, während das genannte westfälische Blatt das Zustandekommen einer mittelparteilichen Majorität auch im Reichstage gerade deshalb zu verhindern wünscht, weil diese Majorität dem Fürsten Bismarck als Morgengabe das Branntweinmonopol darbringen würde.

### Die Zuckersteuer.

Die Zuckersteuer-Commission hat, wie telegraphisch gemeldet ist, am Freitag ihre Verhandlungen zum Abschluß gebracht und den Abg. Dr. Müller (nat.-lib.) mit der Abfassung des schriftlichen Berichtes beauftragt. Besonders eilig scheint es aber die Majorität damit nicht zu haben, da Herrn Dr. Müller anstatt der verlangten 4 Wochen wenigstens 3 Wochen bewilligt worden sind. Bis dahin kann nach der Präsentation des Abg. Dieche (Barby) die neue Krise in der Zuckerindustrie, die sich durch starkes Sinken der Preise ankündigt, bereits eingetreten sein und dann ist der den Interessenten gewiß erwünschte Vorwand gefunden, um über die Reform der Zuckersteuer im Interesse der Reichsfinanzen noch einmal zur Tagesordnung überzugehen. Das Ende vom Liede wird dann wohl wieder eine provisorische Verlängerung der Herabsetzung der Exportvergütung sein.

**Das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck an seine Wähler.** Die ihm zugemutet hatten, eine Petition gegen das Branntweinmonopol an den Reichstag zu bringen, beschränkt sich, wie erwähnt, darauf, den Galvathren und Branntweinschänken seines Wahlkreises für den Fall der Ablehnung des Monopols mit der hohen Gewerbesteuer zu drohen, von der der Herr Reichskanzler bereits in Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gesprochen hat. Bisher ist diese Drohung auf die Bewegung gegen das Monopol noch ohne jeden Einfluß geblieben. Das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck dürfte sich nicht wirksamer erweisen als die Reden des Herrn Reichskanzlers. Für die Wähler des Grafen Bismarck wird die Aussicht, entweder durch das Branntweinmonopol

oder durch eine hohe Lizenzsteuer in ihrem Gewerbebetrieb geschädigt zu werden, wenig erfreulich sein. Sie können sich aber über das Verhalten ihres Vertreters im Reichstage um so weniger beklagen, als sie von vornherein annehmen mussten, daß dieser Mann ihres Vertrauens den Absichten des Herrn Reichskanzlers unter keinen Umständen widersprechen würde.

### Berufung des Staatsraths.

Nach offiziöser Ankündigung steht die Berufung des preußischen Staatsraths in naher Zeit bevor. Man fragt vergeblich, mit welchen Fragen diese berathende Körperschaft befaßt werden soll, nachdem alle wichtigen gesetzgeberischen Vorlagen für die gegenwärtige parlamentarische Campagne bereits zur Vorlegung fertig sind. Vielleicht ist dem Staatsrat die Aufgabe zugeschlagen, einen Plan für die Verwendung derer Summen befußt Erleichterung der Communen u. s. w. auszuarbeiten, welche im Falle der Annahme des Branntweinmonopols im Reichstage durch dieses oder nach Ablehnung desselben durch die von dem Reichskanzler gesetzte hohe Lizenzsteuer beschafft werden sollen. Der Staatsrat würde in diesem Falle gewissermaßen als "Einheitscher" für das Monopol dienen, über dessen Einführung er nicht zu Ratze gezogen werden ist; wie die "Post" erzählt hat, weil hervorragenden Mitgliedern des Staatsraths diese Thätigkeit lästig werde. Bei einer solchen Verwendung dieser Körperschaft könnte das nicht überraschen.

### Die Wirkung der Polenauweisungen

wird vielleicht nirgends mehr empfunden als in England, wohin sich seit Juni v. J. der ganze Strom der ausgewiesenen armen politischen Juden lenkt, da denselben vielfach die Rückkehr nach Polen oder Russland aus verschiedenen Ursachen verhindert ist. Da die Einwanderer, schreibt dazu die "All. Corr.", größtentheils fast gänzlich unbewilligt in London kommen und wegen Unkenntnis der englischen Sprache und Verhältnisse nicht sofort Beschäftigung finden können, so werden durch ihre nothwendig gewordene Unterstützung die Hilfsquellen der jüdischen Armenverwaltung aufs äußerste in Anspruch genommen. Seit dem Sommer v. J. sind in London nicht weniger als 250 arme jüdische Familien, die aus Preußen ausgewiesen worden, angekommen. Diese Masseneinwanderung hat in dem Oste von London, in welchem von jeher eine feindselige Stimmung gegen arme Ausländer, insbesondere jüdische Flüchtlinge und Deutsche herrschte, sehr bittere Gefühle wachgerufen, und sollte eines schönen Tages eine Judenhetze in Whitechapel ausbrechen, so muß dies in Deutschland nicht überraschen.

**In der italienischen Deputirtenkammer** gab am Sonnabend in Beantwortung einer Interpellation der Minister des Neuherrn, Graf Robilant, die Erklärung ab, Italien habe bedingungsweise die Vermittlung Spaniens in den Streitfragen mit Columbien angenommen. Sollten die diplomatischen Mittel erschöpft sein, so werde man zu andern Mitteln greifen und werde es sich sodann darum handeln, mit welcher von jenen Republiken begonnen werden solle, welche seit langer Zeit die Geduld Italiens an die Probe stellt. — Die Kammer lehnte darauf mit 121 gegen 117 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Arbeitseinstellungen ab.

**Schatzsekretär Manning** macht, einem Telegramm aus Washington von gestern folgend, die Amortisierung von 3 prozentigen Staatsobligationen bis zum Betrage von 10 Millionen Dollars bekannt. Die Minorität der Commission zur Vorberathung der Silberausprägungsfrage hat einen Bericht fertiggestellt, der sich für die freie Silberausprägung ausspricht.

### Reichstag.

51. Sitzung vom 20. Februar. Zweite Berathung der Vorlage betreffend die Herstellung des Nord-Ostsee-Kanals.

**S 1:** "Es wird ein für die Benutzung durch die deutsche Kriegsflotte geeigneter Seefahrtskanal von der Elbmündung über Rendsburg nach der Kieler Bucht unter der Voraussetzung hergestellt, daß Preußen zu den auf 156 Mill. M. veranschlagten Gesamtherstellungsosten desselben den Betrag von 50 Mill. M. im Vorraus gewährt."

Abg. Graf Behr (Reichsp.) fragt, 1. ob Preußen die 50 Mill. M. sofort beim Beginn des Baues einzuzahlen habe; 2. ob die 50 Mill. M. sich um den Betrag vermindern würden, um den der Bau billiger ausfallen, als er veranschlagt ist.

**S 2:** "Die Körperschaften der Staaten, welche die 50 Mill. M. sofort zu entrichten haben, sind die Kaiserliche Marine und die Preußische Armee, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird, und daß die zur Verwaltung gehörigen Schiffe von jeder Abgabe freibleiben. — Abg. v. Schalisa befragt folgende Bezeichnung: 'Von den nicht zur Kaiserlichen Marine gehörigen Schiffen, welche den Kanal benutzen, ist eine entsprechende Abgabe zu entrichten. — Die Festsetzung des hierfür zu erlassenden Tarifs wird weiterer gesetzlicher Regelung vorbehalten. — Abg. Graf v. Behr beantragt, den S 3 so zu gestalten, daß der von dem Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgesetzte Tarif dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wird

Die Petitionen gehen in den meisten Fällen von übertriebener Werteschätzung oder falscher Auffassung der Verhältnisse aus und fordern zu viel. Was das Petitionen betrifft, so ist meine Grundausstellung die, daß ich keine Beweis des Vertrauens meiner Beamten zu mir erbliebe, wenn sie sich an mich wenden. Gehen einige dennoch an dieses Haus mit ihrem Petition, und enthalt dasselbe nichts Despectificantes gegen die Regierung oder die Vorgesetzten, ist dasselbe namentlich nicht in agitatorischer Weise zu Stande gekommen, so soll den Beamten dies nicht verwehrt sein. Die Staatsregierung wird stets die Gefühe ihrer Beamten mit Wohlwollen und Gerechtigkeit erwägen und prüfen. (Besliff.)

Unter Ablehnung sämtlicher Anträge tritt das Haus den Commissionsschlägen bei.

Beim Kapitel "Direction Bromberg" plädieren die Abg. Kants und Büchtemann für die endliche Anlage einer Halteleite am Gerberdamm in Posen.

Abg. Wehr-Dt. Krone (Freikons.) bittet die Regierung, der brennenden Frage der Umgestaltung und Erweiterung des Hohenbahnhofes in Danzig ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen; die mangelhafte Einrichtung und die Schwierigkeit des Zugangs zu demselben ständen nicht entfernt mit den Verkehrsbedürfnissen Danzigs und seiner Vororte z. B. Borkow im Eingang.

Abg. Wehr-König (nat.-lib.) äußert verschiedene Wünsche bezüglich vermehrter Einstellung von Waggons in den Secundärbahnhöfen.

Abg. Döhring (cons.) befürwortet den Umbau resp. die Erweiterung des Bahnhofs Marienburg.

Ministerialdirektor Schneider bemerkt, daß die Danziger Fortifikationsverwaltung besondere Fortschritte geltend gemacht habe, welche die Aufstellung eines Projekts für die Umgestaltung des Hohenbahnhofes erschweren. Die Regierung werde aber die Angelegenheit im Auge behalten und sich um die Befestigung der bestehenden Hindernisse auch ferner bemühen.

Das Ordinarium wird bewilligt, desgleichen das Extraordinarium mit Absetzung von 20 000 M zum Umbau des Bahnhofs in Potsdam weil die Baupläne und Kostenanschläge noch nicht vorliegen.

Nächste Sitzung: Montag.

#### Deutschland.

Berlin, 20. Februar. Der "Reichsanzeiger" teilt in seiner heutigen Beilage, wie üblich, den stenographischen Bericht über die gestrige Rede des Ministers v. Puttkamer bei der Beratung der Verlängerung des Socialistengesetzes im Reichstag mit, aber der Zwischenfall des Abg. Dr. Barth, der den Präsidenten veranlaßte, denselben zur Ordnung zu rufen, findet sich im "Reichsanzeiger" nicht. Bemerkenswert ist übrigens, daß nach diesem Bericht Minister v. Puttkamer den Angriff gegen die Freisinnigen damit motivierte, es schiene ihm, daß auch in den Reihen der freisinnigen Partei sich "einige Gesichter zum Lachen verlogen" hätten, trotzdem aber den Wunsch hinzufügte, daß dieses Lachen auch außerhalb dieses Hauses recht weit und deutlich gehört werden möge". Das ein dringender Anlaß vorgelegte habe, die Freisinnigen in dieser Weise zu apostrophiren, ist nach diesem offiziellen Bericht nicht ersichtlich. Im Übrigen wird ja die weitere Untersuchung des Mahlow'schen Falles zeigen, welcher Werth auf die protokollarischen Versicherungen dieses, wie Minister v. Puttkamer versicherte, bisher ganz unbescholtene Mannes zu legen ist. Vorläufig wird dieser Fall auch außerhalb der freisinnigen Kreise in ganz anderer Weise beurtheilt, als das gestern seitens des Ministers v. Puttkamer geschehen ist.

Berlin, 21. Februar. In der Herrenhaus-Commission ist gestern der von dem Oberbürgermeister von Kiel Herrn Mölling erstattete Bericht über den Entwurf einer Landgüterordnung der Provinz Schleswig-Holstein festgestellt worden. Der Entwurf ist tatsächlich schon am Ende der vorigen Session an das Herrenhaus gelangt, damals aber nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Derselbe bezweckt die Einführung der Güterrolle, wie solche bereits in den Provinzen Hannover, Westfalen, Brandenburg, Schlesien und dem Kreise Herzogthum Lauenburg eingeführt ist. Ein Bedürfnis, der Gespaltung des Grundbesitzes in der Provinz Schleswig-Holstein entgegen zu treten, ist nach dem Urtheile der Commission auch seit Erlaß der neuen Gesetzgebung nicht hervorgetreten. Die Commission hielt indessen die Einführung der Landgüterrolle mit facultativer Eintragung, insofern dieje bezweckt, der Neigung der Landbevölkerung, die Höfe in ihrem Besitze und in der Familie zu erhalten, durch Einführung einer erleichterten Form lebenswichtiger Verfügungen zu Hilfe zu kommen, für unbedenklich, hat indessen alle Bestimmungen aus dem Gesetzentwurf bejaht, welche das bestehende Güterrecht abzuändern bestimmt waren oder von dem Grundsatz abwichen, daß die Wirkung der Landgüterrolle nur in Folge einer bestimmten Willenserfüllung des Eigentümers des Landguts eintreten dürfe. Der Vertreter des Justizministers, Ministerialdirektor Cropp, welcher den Berhandlungen der Commission bewohnte, hat den bezüglichen Beschlüssen keinen Widerstand geleistet. Das Plenum des Herrenhauses wird die Vorlage am nächsten Mittwoch berathen und den Gesetzentwurf voraussichtlich nach den Anträgen der Commission annehmen.

\* [Kaiser Wilhelm] hat dem deutschen Lehrer-Verein in England ein Geschenk von 500 Mark gemacht.

\* [Agrarier-Versammlungen.] An die landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands sind soeben zwei Einladungen ergangen, erstens zur XVII. Hauptversammlung des Congresses deutscher Landwirthe am 2. März in Berlin, auf welcher folgende Themata zur Beratung kommen sollen:

1. Stand der Währungsfrage. Referenten: Landtagsabgeordneter Herr Dr. Otto Arendt-Berlin und Rittergutsbesitzer Herr H. v. Sydow-Dobberphul. 2. Die Notlage der heutigen Landwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Spiritus-industrie und der Wollproduktion. Referenten: Landtagsabgeordneter Herr H. Freiherr v. Erffa-Wernburg und Reichstagsabgeordneter Dr. A. Frege-Abtauendorf.

Die zweite Einladung fordert zur Beteiligung an der XI. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 3. März in Berlin, in demselben Saale wie die obige Hauptversammlung, auf. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Bedeutung deutscher Colonisation für die vaterländische Produktion. Referent: Herr Dr. Carl Peters-Berlin. 2. Welches sind die Erfolge der Bauernvereine und was haben dieseferner anzustreben? Referent: Director Herr Dr. Settegast-Ronneburg und Hofbesitzer Herr A. Laubinger-Blankenhagen. 3. Der Rückgang der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, deren Wirkung, Mittel zur Abhilfe. Referenten: Kaufmann Herr G. A. Schlegenthal-Barmen und Herr Frhr. v. Mirbach-Sorquitten.

Wenn man sich diese Tagesordnungen und die Referaten anschaut, so begegnet man fast lauter alten Bekannten aus dem Lager der Bimetallisten und Agrarier: Dr. Arendt, dem Führer der Bimetallistenteil, v. Erffa, Dr. Frege, dem famosen Bauer Laubinger und last not least Herrn v. Mirbach. In beiden unmittelbar hintereinander tagenden Versammlungen ist die Tagesordnung fast dieselbe und der rothe Faden, der sich durch sie hinzieht, ist die Doppelwährung. Es bestätigt sich

also, daß die Bimetallisten nichts gelernt haben, daß sie trotz der entscheidenden Niederlagen, die sie in letzter Zeit erlitten haben, fortfahren die Agitation gegen die Goldwährung zu schüren. Neugierig darf man sein, wie die Herren dabei mit Herrn v. Scholz, der es seit seiner Abfanzierung des Herrn v. Kardorff gründlich mit ihnen verbunden hat, umspringen werden. Ihnen ist es natürlich erlaubt, eine Bewegung fortzuführen, welche die Regierung energisch verworfen hat. Sie nennen man deshalb nicht Reichs- und Königsfeinde. Und doch stehen diese selben Herren über von "Entrüstung" und "nationalem" Eifer gegen die Freisinnigen, wenn diese sich erlauben, in anderen Fragen der Regierung Opposition zu machen. Das ist, Bauer, eben etwas anderes!

\* [Dienstjubiläum.] Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Wirs. Geh. Rath v. Bardeleben, feierte am 18. in Coblenz sein 50jähriges Dienstjubiläum. Von der Stadt Coblenz erhielt er den Ehrenbrief, von der Kaiserin zwei kostbare Vasen, die mit den Bildnissen des Kaisers und der Kaiserin geschmückt sind.

Moritz v. Bardeleben, Sohn des Generals und Inspectors der Artillerie, ist geboren i. J. 1814 und besuchte das Gymnasium in Coblenz, an dem er 1831 sein Abiturienten-Examen absolvierte. v. Bardeleben wurde Ende der vierziger Jahre Polizeipräsident in Berlin, später Regierungspräsident in Minden, endlich bis 1872 Regierungspräsident in Aachen, seit welcher Zeit er als Nachfolger des verstorbenen Oberpräsidenten v. Pommer-Eiche an die Spitze der staatlichen Verwaltung der Rheinprovinz trat.

\* [Das Centrum ist nicht die Kirche.] Der Rh. Welt. Ztg. wird geschrieben: "Sehr mit Unrecht ist die durch die Presse gegangene Neuherzung eines hohen Kirchenfürsten: "Das Centrum ist nicht die Kirche" dem Bischof Dr. Kopp von Fulda zugeschrieben worden. Wie von züberläufiger Seite verlaute, ist eine derartige Neuherzung vielmehr auf den Erzbischof Kremens von Köln zurückzuführen, der dieselbe, allerdings im vertraulichen Kreise, gehabt haben soll."

\* [Die Affäre Lender], die in Baden so viel Rumour gemacht hat, soll nun dem Spruch des Papstes unterbreitet werden. Der "Osservatore Cattolico" behauptet dies.

\* Betreffs der von uns Berliner Blättern entnommenen Mitteilung, die angebliche Ausweitung der beiden Doctoren Heftler betreffend, wird der "Woss. Ztg." von Seiten der Behörde gemeldet, daß ihr hieron nichts bekannt sei. Wenn die beiden Herren ihren Wohnort verändert haben, müßten für sie andere Gründe bestimmt gewesen sein.

\* [Neue Colonialanexion.] Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft löst durch ihr officielles Organ, die "Col.-pol. Corr.", bekannt geben, daß sie durch einen von den Herren Joachim Graf Pfeil und Leutnant Schlüter am Fluß Rukwa unter dem 29. November v. J. abgeschlossenen Vertrag die Berglandchaft Usche erworben habe. Usche grenzt südwestlich an Usagara.

\* [Verträge in Ostafrika.] Die "Colonialpol. Corr." bestätigt jetzt die schon vor einiger Zeit bekannte Meldung, daß die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft durch mehrere Verträge im September und November v. J. das ganze Somaliland von der englischen Grenze unweit Verbera an bis nach Warschaw bei Afakido hin, der ersten Besitzung des Sultans von Zanzibar an jener Küste, ihren Erwerbungen im Suabelland angegeschlossen hat. Durch die Verträge im Somaliland sind der Gesellschaft insbesondere eine Reihe Privatrechte eingeräumt worden, so das Handels-Monopol, das Recht auf Ausbeutung von Bergwerken, Grund und Boden, soweit derselbe noch frei ist, Waldern, Flüssen, Perlscherei, und auch die wesentlichen Hoheitsrechte, sowie das Recht auf Aufstellung einer eigenen Truppe, Anlegung von Befestigungen, das Recht auf Bälle u. a. Durch diese Erwerbung falle der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft der Besitz eines Küstenstriches von annähernd 225 geographischen Meilen mit zwei, wie es scheine, guten Rheden, denen von Obia und Halule, zu.

\* [Deutsche in Birma.] Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß aus Anlaß der kriegerischen Ereignisse in Birma zwei in der Hauptstadt Mandalay wohnhafte Deutsche ermordet worden seien. Erfreulicherweise hat sich diese Meldung nicht bestätigt. Wie die "N. A. Ztg." erfährt, sind vielmehr bei der Besitznahme der Stadt durch die Engländer die sämtlichen dort wohnhaften Deutschen unversehrt vorgefunden worden. Auch unter den im Innern des Landes ermordeten Europäern sollen sich keine Deutschen befinden haben.

\* [Vermehrung der Apotheken.] Gegenüber den wiederholt erhobenen Klagen über die unzulängliche Vermehrung der Apotheken in Preußen bemerkt die Pharm. Ztg., daß in dem Jahrzehnt von 1876 bis 1885 in Preußen 123 Concessionen zur Errichtung neuer Apotheken ertheilt worden sind. Im Jahre 1876 wurden 24 concesioniert, im Jahre 1877 nur 11, 1878 nur 2, (in Gorzow und Biesbaden je 1), 1879 wieder 12, 1880 nur 7, 1881 12, 1882 9, 1883 17, 1884 14, 1885 15.

\* Über das Verbot das Hazardspiels im Unionclub wird der Allg. Ztg. aus Berlin geschrieben: "In Folge gewisser seiner Zeit viel besprochener Vorgänge (Selbstmord eines Offiziers) hat Prinz Wilhelm veranlaßt, daß den Offizieren seines (Garde-Gusaren-) Regiments untersagt wurde, Mitglieder des Unionclubs zu sein, bzw. zu bleiben. Die übrigen Garde-Cavallerie-Regimenter sind diesem Beispiel gefolgt, so daß alle Offiziere derselben - wie man sagt, bis auf einen - ihren Austritt aus dem Club erklärt haben. Darauf hin ist der Antrag gestellt worden, eine Bestimmung in die Statuten aufzunehmen, welche Hazardspiele verbietet. Die Repräsentanten des Clubs haben diesem Antrag zugestimmt und auf nächstens Montag eine Generalversammlung berufen, in welcher der Antrag vorläufiglich mit großer Majorität angenommen werden wird."

\* In Altona wurde am 19. d. M. von der 1. Strafkammer des Landgerichts der Socialdemokrat Kübelbahn wegen Verbreitung socialistischer Schriften zu 2½ Jahren Gefängnis, die Socialdemokraten Redburg und Lippelt wegen Beihilfe zu 5 resp. 3 Monaten verurtheilt.

\* In Baden wird vom 1. März ab die Impfung mit animalischer Lymphe obligatorisch eingeführt.

\* Die ägyptische Regierung läßt zur Zeit hier Silbermünzen prägen. Erst in diesen Tagen sind seitens der Münzdirektion über sechs Millionen Pfasterstücke nach Ägypten gefaßt worden.

Breslau, 20. Februar. Die Entlastung wegen Verlusten bei den Wahlen vor Gericht. In Schwientochlowitz (Oberschlesien) hatte der Kaufmann Schweizer seinen Haushalter entlassen, weil dieser bei der Landtagswahl für den Centrums-Candidaten gestimmt hatte. Der Haushalter wurde gegen seinen Brodherrn flagbar und dieser wurde verurtheilt, an den Haushalter als Aequivalent für 14 Tage

Arbeitslosigkeit 21 Mk. zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Einwand des Verklagten, er habe den Haushalter nicht wegen des Verhaltens derselben bei der Wahl, sondern deswegen, weil er die Pferde derselben habe ohne Aufsicht auf der Straße stehen lassen, aus dem Dienst gewiesen, wurde vom Richter als nicht erwiesen abgelehnt.

Bösen, 21. Februar. Der Posener Landwirtschafts-Kreisverein hat gestern mit großer Majorität erklärt, daß das Brannweinmonopol der Landwirtschaft zum Nutzen gereichen werde.

Hamburg, [Vermögensaufz.] Ein hiesiger Kaufmann hat testamentarisch 450 000 Mk. zur Errichtung einer Seehafen in Cuxhaven vermach.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Februar. Der Kaiser empfing heute Vormittag den Fürsten von Montenegro und machte demselben Mittags einen Gegenbesuch.

#### Schweiz.

Bern, 21. Februar. Das Bundesgericht hat gestern die Beschlüsse der Regierung von Zürich gegen die Heilsarmee, durch welche die Versammlungen derselben verboten wurden, aufgehoben, jedoch das Verbot des Besuches der Versammlungen durch Kinder unter 16 Jahren bestätigt.

#### Frankreich.

Paris, 20. Februar. Fürst Gregor Opisanti ist hier geftorben.

Fürst Opisanti, ein Schwiegersohn des in den siebziger Jahren in Wien verstorbenen vielfachen Millionärs und Kunstmäzens Freiherrn von Sina, war lange Jahre hindurch griechischer Gesandter in Wien und zählte da selbst zu den bekanntesten und beliebtesten Mitgliedern der Aristokratie. Opisanti hatte das 51. Lebensjahr noch nicht vollendet.

#### England.

Dublin, 20. Februar. Der neue Viceregal von Irland, Graf Aberdeen, hielt heute hier keinen Einzug, wobei er von allen Volksklassen herzlich empfangen wurde. Auf dem College Green kam es zu einem unbedeutenden Erzähldurchgang, daß anlässlich eines von den Studenten ausgebrachten Hochs auf die Königin der Böbel unter Hochrufen auf Parnell über die Studenten herfiel, welche sich mit Stücken vertheidigten. Auf beiden Seiten kamen einige leichte Verwundungen vor. (W. T.)

#### Serbien.

Belgrad, 20. Februar. Der König ist aus Niš hier eingetroffen. (W. T.)

#### Russland.

\* Ein Petersburger Telegramm der "Wiener Allg. Ztg." meldete vor Kurzem, daß das "Journal de St. Petersburg" Mitteilungen über die Entdeckung einer Nihilistenverschwörung gemacht habe. Wie das genannte officielle Petersburger Blatt nun erklärt, hat es nichts der Art gemeldet.

#### Von der Marine.

Niš, 20. Februar. Von einer Indienststellung der Brigg "Rover" als Schiffsjungen-Schulschiff ist in diesem Jahre Abstand genommen und wird die Kreuzer-Corvette "Ariadne" demnächst allein als Schulschiff des ganzen Jahrganges der Schiffs-jungen Verwendung finden. In Folge dieser Admiraltäts-Verfügung werden im April auch nur 125 Jungen bei der Schiffs-jungen-Abtheilung in Friedrichsort eingestellt werden. - Auf Anordnung des Chefs der Admiraltät und in letzter Zeit auf der Kaiserlichen Werft Ermittlungen darüber angekettelt, wie viele Ausländer beschäftigt werden und seit wann. Wie wir hören, ist nunmehr sämtliche Ausländer (darunter besonders Schweden, Dänen, Österreicher u.) gefindigt worden. Nur in einem Falle ist eine Ausnahme gemacht worden. Ein Schwede, welcher nahezu 20 Jahre auf der Kaiserlichen Werft arbeitete, soll weiter in seiner Stellung verbleiben.

\* Die Brigg "Busquito" (Commandant Corvetten-Capitan Piraly) ist am 19. Februar cr. in Jamaica eingetroffen und beabsichtigt am 2. März e. wieder in See zu gehen. Die Panzerfregatte "Friedrich Karl" (Commandant Capitan zur See Stempel) ist am 21. Februar in der Suda-Bay (Kreta) eingetroffen.

\* Dem Contreadmiral Frhrn. v. Schleinitz, Vorstand des Hydrographischen Amtes der Admiraltät, soll auf Grund seines Gesuches der Abschied unter Verleihung des Charakters als Vice-admiral bewilligt werden sein.

#### Danzig, 22. Februar.

Wetterausichten für Dienstag, 23. Februar. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei wenig veränderter Temperatur und mäßigen Südwesten veränderliche Bewölkung. Etwa Niederschläge.

\* Eine kleine Ergänzung. I. Herr Dr. Grüwell veröffentlicht in einem hiesigen Blatt eine längere Polemik gegen den von Herrn Dr. Semper kürzlich in der Naturforschenden Gesellschaft gehaltenen Vortrag über "animale Vaccination" mit einer Nachdruck, in welcher er bemerkt, daß er den vorstehenden Artikel (von ihm als Berichtigung bezeichnet) der Danziger Zeitung zur Veröffentlichung überwandt und daß der Redakteur der "Danz. Ztg." seine Polemik zurückgewiesen habe unter dem Vorwande, daß dieselbe der wissen-schaftlichen Qualification ermanege. Diese Behauptung ist nach beiden Richtungen hin eine Unwahrheit. Erstens hat Dr. Grüwell nicht den jetzt von ihm veröffentlichten Streitartikel, sondern ein 12 eng beschriebene Quartsseiten langes Manuscript, das nicht nur mannigfache Abweichungen, sondern außer andern auch an fünf Stellen injuriose Invectiven und Citate gegen Hrn. Dr. S. u. A. enthalten, der Danziger Zeitung mit der komischen "Aufforderung" gefandt, "auf Grund des Preßgesetzes" dasselbe als "Berichtigung" an derselben Stelle zu veröffentlichen, wo über die betreffenden Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft berichtet worden. Zweitens ist Hrn. Dr. Grüwell darauf von der Redaktion der Danziger Zeitung brieflich, also schwarz auf weiß, geantwortet worden, daß ihm die "rechtliche Legitimation" fehle, auf Grund des Preßgesetzes in dieser Angelegenheit irgend etwas von uns zu "fordern", und daß der uns über sandte Streitartikel, der "Qualification einer Berichtigung" noch in dem weiteren Sinne des allgemeinen Begriffes habe. Uns mit Beurtheilung der "wissenschaftlichen Qualification" der Grüwellschen Polemik zu befassen hatten wir ebenso wenig Veranlassung, wie wir an seinen sonstigen Behauptungen und Angriffen irgend einen Interesse haben.

\* In Altona wurde am 19. d. M. von der Strafkammer des Landgerichts der Socialdemokrat Kübelbahn wegen Verbreitung socialistischer Schriften zu 2½ Jahren Gefängnis, die Socialdemokraten Redburg und Lippelt wegen Beihilfe zu 5 resp. 3 Monaten verurtheilt.

\* In Baden wird vom 1. März ab die Impfung mit animalischer Lymphe obligatorisch eingeführt.



Heute früh 7½ Uhr wurden wir durch die Geburt eines munteren Knaben erfreut. Franz Beutler und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Martha mit dem Gutsbesitzer Herrn Wannow, Tschau, beeindruckt uns ergeben anzuzeigen.

Ebing, den 21. Februar 1886.  
Ludwig Madsack u. Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Martha Madsack, Tochter des Fabrikbesitzers Herrn Ludwig Madsack und Frau Christiane Madsack, geborene Schwabe, Ebing, beeindruckt mich ergeben anzuseigen.

Tschau, d. 21. Februar 1886.  
8295 Max Wannow.

Statt besonderer Meldung.

Allen Freunden und Bekannten teilen wir hierdurch mit, daß unsere geliebte Mutter heute früh 7½ Uhr nach 14 tägigem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Beerdigung Dienstag, d. 23. d. M., Nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof zu St. Johannis.

Danzig, den 20. Februar 1886.

Christiane Seydlitz,  
8272 Emil Seydlitz.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern 10½ Uhr Vormittag starb in Berlin nach kurzem Leid meine geliebte Frau, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Sophie Baum,

geb. Liepmann,

in nicht vollendetem 61. Lebens-

Jahre. (8330)

Tief betrübt zeigen dieses an

Die Hinterbliebenen.

Danzig, den 22. Februar 1886.

Emil Seydlitz.

8272

Todes-Anzeige.

Heute früh 4 Uhr entstieß saft nach kurzem Leid an Lungenerkrankung unser innig geliebster Gatte und Vater, der Bürgermeister

Herrmann Krause

im 74. Lebensjahr.

Um stille Theilnahme bitten

Die tiefstrahlten hinterbliebenen.

Ebing, den 20. Februar 1886.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. d. M., Vormitt.

11 Uhr, statt. (8294)

Loose der Zeppoter Kinder-

Heilanstalten-Lotterie a 1. M.

Loose d. Marienburger Pferde-

Lotterie a 1. M. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-

Lotterie a 1. M. 3.

Loose der Kölner Dombau-

Lotterie (bei der General-

Agentur in Köln bereits vergriffen)

a 1. M. 35.

Loose der Marienburger Geld-

Lotterie a 1. M. 3.

Loose der Ulmer Münsterbau-

Lotterie a 1. M. 35, bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Für einen Kursus behufs

Vorbereitung zum

Referendar-Gramen

werden Theilnehmer gesucht.

Näheres unter 8268 in der Exped.

dieser Zeitung erbeten.

Nachhilfestunden,

insbesondere im Latein, werden er-

theilt. Adressen erbeten unter

8269

in der Expedition dieser Zeitung.

Strohhüte zum Waschen und Modernistren wie Federn zum Färben u. Kräuseln bitte der rechteitigen Rücklieferung wegen, mir baldigst zu übergeben.

S. Abramowsky Nachf.

Max Schönfeld,

Langgasse 66.

Delicaten setten

Räucherlachs,

bester Qualität, in halben Pfundchen u.

einzelnen Pfunden.

geräucherte Spickeale,

heute frisch aus dem Rauche,

frische Seelachse

erhalten fast täglich frische Zufuhr u.

empfehlen bei billigster Preisberechnung

Alexander Heilmann & Co.,

Scheibenrittergasse 9.

Ein sechsfügiger und ein vier-

sitziger Postwagen

leben billig zum Verkauf Neu-

Hornbau p. Neukrug, Kr. Berent Wpr.

# Paul Rudolphy, Danzig, Langenmarkt No. 2.

Einige Verkaufsstelle in ganz Westpreußen der patentirten

## Rotirenden Zweispulen - Näh - Maschine.

Ich empfehle diese Maschine, welche Ober- und Unterhafteste direct von der Garnrolle näht und bei äußerst ruhigem Gang einen vollendet schönen Doppelpunktstich bildet, als das Neueste und Vortheilsteste, was bis jetzt gefertigt wird, und übernehmen für Dauerhaftigkeit und Leistungsfähigkeit Garantie. — Daneben ich nach wie vor ein großes Lager von Deutschen Näh-Maschinen bewährter Konstruktion für Familien-Gebräuch, Damen- und Wäsche-Confektion, Herren-Schneiderei, Schuhmacher- und Tätiler-Arbeiten, und mache schließlich noch auf meine Reparatur-Werkstatt für Näh-Maschinen aller Arten aufmerksam. (6512)

Näh-Maschinen auf Abzahlung unter coulanten Bedingungen. Unterricht gratis. Bei Baarzahlung hoher Rabatt.

## Machruf.

Am 19. Februar cr. Morgens 4½ Uhr, verschied nach langem Leiden der Administrator unserer General-Agentur Königsberg i. Pr.

### Herr General-Agent H. Preser

in Königsberg i. Pr.

Seit mehr als 22 Jahren für uns thätig, hat der Verstorbene in den verschiedensten Stellungen, insbesondere als Verwalter unserer General-Agentur für die Provinzen Ost- und Westpreußen uns die wichtigsten Erfahrungen geleistet und mit vollster Hingabe und mit dem lebendigsten Eifer unsere Interessen stets wahrgenommen und gefördert.

Wir beklagen den Verlust dieses bewährten Beamten und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

### Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

### Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Der General-Director

in dessen Vertretung:

Miethke. (8282)

Magdeburg, den 20. Februar 1886.